



Befreiungskampf

Vor 70 Jahren begann die algerische Revolution. Die französische Kolonialmacht antwortete mit einem brutalen Krieg. Von Sabine Kebir

SEITEN 12/13

Solidarität jetzt: 3.000 Abo für die Pressefreiheit! Siehe Seite 5 und 7

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 1. NOVEMBER 2024, NR. 255 · 2,30 EURO (DE), 2,60 EURO (AT), 3,00 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Wenig Hoffnung

Einschnitte bei VW: Sächsische Werke existenziell bedroht. Von Susanne Knütter

3

Geringe Chance

Israel bombardiert antike Stadt Baalbek im Libanon, kaum Aussicht auf Waffenruhe

6

Neuer Versuch

Zweiter Tag der Internationalen Palästina-Konferenz in Saudi-Arabien. Von Knut Mellenthin

7

Letzte Ausfahrt

Labours Budget: Gegen Sozialhilfebezieher und Menschen mit Handicaps. Von Christian Bunke

9

Billige Entschuldigung

Bundespräsident in Griechenland: Gedenken an Opfer deutscher Kriegsgreuel, Ignoranz beim Thema Reparationen und kommunistischer Widerstand. Von Hansgeorg Hermann, Chaniá

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am Donnerstag seinen Staatsbesuch in Griechenland mit einer Kurzvisite auf der Insel Kreta beendet. Konfrontiert wurde er von seinen Gastgebern mit den Greueln der deutschen Wehrmacht, die 1941 das Dorf Kandanos dem Erdboden gleichgemacht hatte. Wie schon sein Vorgänger Joachim Gauck, ein ehemaliger Pfarrer, brachte der oberste Repräsentant Deutschlands vor allem warme Worte mit. Die von allen politischen Parteien des Landes, der Regierung und der obersten Gerichtsbarkeit verlangte Rückerstattung der vom Naziregime 1942 erpressten »Zwangsleihe« ließ auch dieses Staatsoberhaupt kalt: Die Sache sei »nach völkerrechtlichen Kriterien« erledigt. Die BRD habe demnach die Schulden, die sich nach heutiger Rechnung auf inzwischen rund 350 Milliarden Euro summiert haben, nicht zu bezahlen.

Sowohl Griechenlands Staatspräsidentin Katerina Sakellariopoulou als auch Regierungschef Kyriakos Mitsotakis hatten die Forderung, offenbar einigermaßen überraschend für den auf Harmonie gebuchten Gast, von Anfang an in den Mittelpunkt ihres Empfangsprogramms gerückt.

Steinmeier hatte am Dienstag zunächst Station in Thessaloniki gemacht, Sakellariopoulous Heimatstadt, und dort die jüdische Gemeinde besucht. Sie zählt heute keine tausend Köpfe mehr, wie die Historikerin Rika Benveniste von der Universität Volos gegenüber *jW* konstatierte. Sie sind die Nachkommen »jener, die überlebten«, wie es in einem ihrer Bücher heißt, einer einst bis zu 80.000 Menschen zählenden Gemeinschaft, die in den



Für die Überlebenden des Massakers von Kandanos hatte Steinmeier nur lauwarmer Worte (31.10.2024)

deutschen Vernichtungslagern fast vollständig ausgelöscht wurde. Geschenk der BRD für das im Bau befindliche Holocaustmuseum in Thessaloniki: ein Foto, das die Deportation jüdischer Familien Richtung Mauthausen dokumentiert. Ein Zuschuss von zehn Millionen für das auf rund 25 Millionen Euro Baukosten veranschlagte Projekt war bereits in der Planungsphase genehmigt worden.

Ironische Kritik fing sich Steinmeier in der Metropole Thessaloniki ein, weil er zwar – wie unter deutschen Politikreisenden üblich – die »tapferen« Griechen lobte und sich von den bösen Taten der Wehrmacht und der

SS-Schergen »erschüttert« zeigte, aber »vergaß«, die Rolle des griechischen Widerstands (Antistasi) zu würdigen. »Die Deutschen sagen »Entschuldigung, Hellas« – und in Thessaloniki kein Wort zur ELAS« titelte am Mittwoch die Tageszeitung *Efimerida ton Syntaktón (Efsyn)*. In der Tat erwähnen deutsche Gäste die griechische »Antistasi« ungern; sie wurde von der weitgehend kommunistisch organisierten Volksbefreiungsarmee (ELAS) getragen, ihren Kampf gegen die Besatzer schloss sie am 30. Oktober vor 80 Jahren mit der Vertreibung der Wehrmacht aus Thessaloniki erfolgreich ab.

Die hässliche Vergangenheit deut-

scher Aktivitäten ließ Steinmeier bis zum Ende seiner Reise nicht mehr los. Im kretischen Kandanos hatten deutsche Fallschirmjäger im Juni 1941 den gesamten Ort niedergebrannt und die Einwohner umgebracht und vertrieben. 80 Jahre später erinnerte *Efsyn* in einem Sonderdruck an deutsche Greueln. Selbst sogenannten »Leitmedien« in der BRD sind inzwischen die grauenhaften Fotos aus der Dokumentation bekannt, unterstrichen vom bezeugten zynischen Kommentar eines deutschen Offiziers im Nachbardorf Rodovani: »Eure Felder gehören uns, eure Tiere gehören uns, und ihr – ihr gehört uns auch.«

Algerien feiert 70 Jahre Revolution

Alger. Algerien begeht diesen Freitag mit einer Vielzahl von Veranstaltungen den 70. Jahrestag der Revolution vom 1. November 1954. An jenem Tag hatte eine Gruppe von Kämpfern der Nationalen Befreiungsfront (FLN) auf dem Land einen Linienbus überfallen und dabei zwei Passagiere getötet, ein algerisches Mitglied der Kolonialverwaltung und einen Franzosen. Das war der Auslöser eines jahrelangen grausamen Kriegs, bei dem Hunderttausende Algerier von der französischen Armee getötet wurden. Er endete 1962 mit einem Unabhängigkeitsreferendum und dem Abzug der Kolonialmacht Frankreich. Höhepunkt des Jubiläums, das unter dem Motto »70 Jahre des Gedächtnisses und der Treue« steht, ist eine große Militärparade der Nationalen Volksarmee unweit der großen Moschee in der Hauptstadt Algier, zu der zahlreiche Staatsgäste eingeladen sind.

(jW)

■ Siehe Seite 12/13

Augsburg: JVA-Leiterin vorläufig suspendiert



Augsburg. Nach Misshandlungsvorfällen gegen Mitarbeiter eines der größten Gefängnisse Bayerns hat Landesjustizminister Georg Eisenreich (CSU) weitere Schritte zur Aufklärung angekündigt. Die bisherige Leiterin der Haftanstalt sei vorläufig vom Dienst freigestellt worden, teilte das bayerische Justizministerium in München am Donnerstag mit. Dies solle die Aufklärung der Vorwürfe gegen die Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen erleichtern, hieß es. Zudem wurde eine »Taskforce« zur Aufklärung eingesetzt. Die Vorwürfe der Gefangenemisshandlung waren am Wochenende bekanntgeworden. Es besteht der Verdacht, dass Gefangene geschlagen und in sogenannten besonders gesicherten Hafträumen teils nackt, ohne Decke und ohne Matratze eingesperrt worden seien. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Eisenreich nannte die Vorwürfe »gravierend«.

(AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 2.974 Genossinnen und Genossen (Stand 25.10.2024)
www.jungewelt.de/lpg



UNO verurteilt US-Blockade gegen Kuba

Eindeutiges Votum in New York. Argentinien Außenministerin wegen Stimmverhaltens geschasst

Der Kündigungsgrund: die Achtung des Völkerrechts. Am Mittwoch (Ortszeit) hat der argentinische Präsident Javier Milei seine Außenministerin Diana Mondino aus ihrem Amt entfernt. Mondino hatte zuvor in der UN-Generalversammlung in New York für den jährlichen von Kuba eingebrachten Antrag gestimmt, mit dem die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA verurteilt wird. Künftiger Außenminister Argentinien wird nun der vorherige Botschafter in Washington, Gerardo Wertheim.

Seit 1995 hat Argentinien in der UN-Generalversammlung stets die US-Blockade verurteilt – so wie regelmäßig die absolut überwältigende Mehrheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Am Mittwoch waren es erneut insgesamt 187 Staaten, die sich für ein Ende der Zwangsmaßnahmen aussprachen. Nur die USA und ihr Verbündeter Israel stimmten gegen die von Kuba eingebrachte Resolution. Die Republik Moldau enthielt sich etwas überraschend ihres Votums.

Es war das 32. Mal in Folge, dass nahezu alle UN-Mitglieder für das

Ende der Blockade stimmten. Damit versuchen die Vereinigten Staaten seit mehr als 60 Jahren, einen Regierungswechsel in der sozialistischen Inselrepublik zu erzwingen. Die Folgen für die Wirtschaft der Karibikinsel sind brutal: Aus einem Bericht des kubanischen Außenministeriums von September geht hervor, dass die Blockade im vergangenen Jahr materielle Schäden in Höhe von umgerechnet mehr als fünf Milliarden US-Dollar verursacht hat. Darunter leidet die gesamte Bevölkerung, wie jüngste Stromausfälle erneut zeigten.

Die von Kuba vorgelegte Resolution bekräftigt »die souveräne Gleichheit der Staaten«, das Prinzip der »Nichteinmischung in innere Angelegenheiten sowie die Freiheit des internationalen Handels und der Schifffahrt«. Außerdem wird das 1996 von den USA erlassene »Helms-Burton-Gesetz« kritisiert, »dessen extraterritoriale Auswirkungen die Souveränität anderer Staaten und die legitimen Interessen von Einrichtungen oder Personen, die ihrer Rechtsprechung unterliegen, untergraben«.

Frederic Schnatterer

■ Siehe Kommentar Seite 8